Er rühmte Karl Marx und träumte von Großdeutschland, rief zur Vaterlandsverteidigung auf und war doch des Kaisers mächtigster innenpolitischer Gegner: August Bebel, Führer der Sozialdemokratie.

Ein preußischer Sozialist

Von UWE KLUSSMANN

Die Prognose, die Freundinnen der frischverheirateten Julie Bebel bei der Eheschließung gaben, war düster: „Die Arme, den wird sie nicht lange haben." Denn hohlwangig und blass gab der 26-jährige Bräutigam August Bebel kaum Anlass zur Zuversicht. Dass der Mann noch rund ein halbes Jahrhundert vor sich hatte und einer der bedeutendsten Politiker seiner Zeit werden würde, konnte bei der Hochzeit des jungen Bebel in Leipzig 1866 niemand ahnen.

Wie die Tuberkulose junge Männer ins Grab brachte, hatte Bebel schon mit vier Jahren erfahren. Da starb sein Vater, ein preußischer Unteroffizier, mit 35 Jahren an der Lungenkrankheit. Hunger prägte Bebels Kindheit. Noch im Alter erzählte er, es sei jahrelang sein größer Wunsch gewesen, sich „einmal an Butterbrot tüchtig satt essen zu können". Die Hungerleiderkrankheit Tuberkulose tötete auch Bebels Mutter. Der 1840 in den Kasematten der Festung Deutz bei Köln geborene Junge war mit 13 Jahren Vollwaise.

Bald begann der junge August eine Lehre bei einem Drechslermeister. Nach seiner Gesellenprüfung ging er mit knapp 18 Jahren auf Wanderschaft. Sein Weg führte über Frankfurt am Main und München ins österreichische Salzburg.

Österreich empfand er nicht als Ausland. Der junge Drechsler dachte großdeutsch, drei Jahrzehnte bevor Adolf Hitler geboren wurde, der diesen Begriff diskreditierte. Bebel sah die Österreicher so, wie sie sich selbst sahen, als Deutsche. Noch in seinen Memoiren warf Be-

August Bebel mit etwa 23 Jahren, um 1863

BPK

bel den preußischen Politikern, die 1871 das Deutsche Reich schufen, den „Ausschluss Deutsch-Österreichs aus der Reichsgemeinschaft“ vor – als ein „Stück kulturellen Mordes, der an den zehn Millionen Deutschen in Österreich begangen wurde“.

Im Mai 1860 zog der junge Handwerker nach Leipzig, wo er bei einem Drechslermeister Arbeit fand. Die Handelsstadt war eine Hochburg demokratischer und liberaler Kräfte. Bebel wurde im Februar 1861 Gründungsmitglied des „Gewerblichen Bildungsvereins“, den ein Liberaler leitete. Der Club organisierte Vorträge unter anderem über Geschichte und Literatur. Bebel übernahm bald die Leitung der Bibliotheks- und Theaterabteilung. Von Sozialismus und Kommunismus hatte er noch keine Ahnung.

Einen Anstoß dazu, sich intensiver mit Politik zu befassen, erhielt er im April 1863. Da sprach in Leipzig Ferdinand Lasalle vor 4000 Menschen. Zwar wirkte der Sohn eines Seidenhändlers, der, so Bebel, „sehr herausfordernd“ auftrat und die Hände immer wieder in die Westentaschen steckte, auf den 23-Jährigen eher halbseiden. Doch Lasalles Forderung, die Arbeiter sollten sich politisch selbständig organisieren, bestimmte August Bebels weiteren Weg.

Einen Monat nach der Kundgebung gründete Lasalle in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV). Bebel blieb auf Abstand. Doch indem er sich mit den „Lasalleanern“ und deren autoritärem Führungsstil auseinandersetzte, sammelte er politische Erfahrungen.

Beruflich machte Bebel sich als Geselle mit 24 Jahren in Leipzig selbständig. Politisch aber suchte er noch einen Lehrmeister. Den traf er 1865: Wilhelm Liebknecht. Der Lehrer und Journalist war ADAV-Mitglied gewesen, kritisierte jedoch den staatskonformen Kurs der Verbandsführung.

Nachdem Lasalle 1864 nach einem Pistolenduell im Streit um eine Frau gestorben war, wurde Liebknecht zum Vordenker der deutschen Arbeiterbewegung. Mit ihm, der 14 Jahre älter war, entwickelte Bebel eine fruchtbare Freundschaft. Liebknecht hatte fast zwölf Jahre im Londoner Exil gelebt, wo er intensiven Umgang mit Karl Marx und Friedrich Engels pflegte.

Wissenshungrig, jedoch kein Theoretiker, verstand es Bebel, von Menschen zu lernen, die mehr Bildung genossen hatten als er. Auch mit Engels, von dessen Analysefähigkeit er profitierte, verband ihn bald eine Freundschaft, die kontroverse Diskussionen aushielt.

Das Jahr 1866, in dem Preußen als Sieger über Österreich den Weg zur ersten deutschen Einheit einschlug, war auch für Bebel ein Jahr der Entscheidungen, politisch wie privat. Zusammen mit Liebknecht gründete er die radikaldemokratische Sächsische Volkspartei; und er heiratete Julie, die Tochter eines Transportarbeiters.

Im Jahr darauf gewann Bebel einen Sitz im Parlament. Nun gehörte er dem Reichstag des Norddeutschen Bundes an, der von Preußen geführten Vereinigung von Fürsten und freien Städten. Für den Reichstag galt bereits das allgemeine Männer-Wahlrecht. Dort erlebte er erstmals Otto von Bismarck. Der 27-jährige Bebel trat dem 25 Jahre Älteren schon in seiner ersten Rede mutig entgegen. Der Norddeutsche Bund, so Bebel, sei „dazu bestimmt, Deutsch-

Chronik der SPD

1863 Am 23. Mai gründet Ferdinand Lassalle im Leipziger Pantheon den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV).

1869 In Eisenach gründen Wilhelm Liebknecht und August Bebel die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP).

1875 In Gotha vereinigen sich ADAV und SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

1878 Kanzler Bismarck lässt im Reichstag die Sozialistengesetze verabschieden.

1890 Die Sozialistengesetze werden nicht verlängert. Die Partei, die sich künftig SPD nennt, erhält bei der Reichstagswahl fast 20 Prozent.

1907 In Stuttgart findet der Internationale Sozialistenkongress statt.

1911 Im September mobilisiert die SPD in Berlin rund 200 000 Demonstranten gegen die Kriegsgefahr.

1912 Bei der Reichstagswahl werden die Sozialdemokraten mit 34,8 Prozent mit Abstand stärkste Partei.

1913 In der Schweiz stirbt August Bebel mit 73 Jahren.

1914 Am 4. August stimmt die SPD-Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zu.

Sozialdemokratische Propaganda zum 1. Mai
Bildpostkarte 1903

land zu einer großen Kaserne zu machen“.

Im Militarismus der Elite sah er die Gefahr eines neuen großen Krieges. Der kritische Blick auf den Obrigkeitsstaat prägte auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), die Bebel und Liebknecht im August 1869 in Eisenach im Lokal „Goldener Löwe“ gründeten. In ihr ging die Sächsische Volkspartei auf; die neue Partei zählte 10 000 Mitglieder.

Die Delegierten verabschiedeten ein radikales, von Bebel verfasstes Programm. Es forderte die „Abschaffung der jetzigen Produktionsweise“ und die „Befreiung der Arbeit“. Im SDAP-Parteiblatt formulierte Bebel seine grundlegenden Positionen, die stark von Marx beeinflusst waren. Als Broschüre mit dem Titel „Unsere Ziele“ ließ er sie jahrzehntelang verbreiten, auch als Beleg, dass er sich treu blieb.

Darin attackierte er „das herrschende Raubsystem“ und forderte, „dass die Arbeiterklasse sich die Macht erobern muss“. Der Staat, so Bebel, müsse „aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden“.

Die mit Bedacht gewählte Formulierung demonstrierte einen Dissens zu Marx und Engels. Denn deren Postulat von der „Diktatur des Proletariats“ lehnte Bebel ab. Ihm war bewusst, dass die Arbeiter sich nicht nach einer Diktatur sehnten, sondern anerkannter, gleichberechtigter Teil des Volkes sein wollten.

Im Militarismus sah er die Gefahr eines großen Krieges.

Gleichberechtigung verlangte er auch bereits 1870 für die Frauen und war damit seiner Zeit weit voraus. Die Frau dürfe man nicht „zur Haussklavin degradieren“, ihr „Abhängigkeitsverhältnis zum Manne“ sei zu beseitigen durch berufliche Gleichstellung in einer „sozialistischen Gesellschaft“.

Dem Thema „Die Frau und der Sozialismus“ widmete Bebel 1879 seine bedeutsamste Schrift. Statt nur von trockener Theorie war da auch die Rede von Feuchtgebieten: „Unter allen Naturtrieben, die der Mensch besitzt, ist neben dem Trieb zu essen, um zu leben, der Geschlechtstrieb der stärkste.“

Es sei, mahnte der sinnliche Sozialist, „ein Gebot des Menschen, kein Glied seines Körpers in der Übung zu vernachlässigen“. Mit geradezu freudianischem Blick warnte Bebel, dass „geschlechtliche Enthaltsamkeit in reifen Jahren“ auf „das Nervenleben und den ganzen Orga-

AKG

nismus des Menschen einwirkt“, wobei es „zu den größten Störungen und Verirrungen“ komme.

Was für verklemmte Bürgerliche schockierend klang, lasen junge Arbeiterinnen und Arbeiter begierig. Zu den begeisterten Leserinnen gehörte auch die Schneiderin Pauline Ida Ulbricht aus Leipzig. Sie erzog ihre Kinder im Sinne der bebelschen Ideen. Und sie freute sich, dass Sohn Walter mit 13 Jahren eine Großkundgebung mit Bebel in der Leipziger Alberthalle besuchte.

Mutter Ulbricht hatte ihren Jungen schon mit elf Jahren Solidaritätsflugblätter für russische Arbeiter verteilen lassen. Als der Sohn mit russischer Hilfe 1950 zum Chef der DDR-Staatspartei aufstieg, war sie schon lange tot.

Ihr Idol Bebel wurde zum Hoffnungsträger vieler arbeitender Menschen, weil er glaubwürdig war. Der Parteichef lebte mit seiner Frau und der 1869 geborenen Tochter Bertha Friederike Anfang der siebziger Jahre in einer Zweizimmerwohnung in der Leipziger Petersstraße. Erst im reiferen Alter leistete er sich größere Wohnungen, zunächst in Berlin-Schöneberg, dann in Küsnacht bei Zürich, wo Familienangehörige wohnten.

Den Hass der Mächtigen zog Bebel erstmals auf sich, als er 1870 gemeinsam mit Liebknecht im Reichstag die Kriegskredite für den Feldzug gegen Frankreich ablehnte. Die Haltung der beiden linken Politiker war eine Sensation. Erstmals hatten in einem Parlament Abgeordnete der Arbeiterbewegung versucht, der Staatsführung die Gelder zum Kriegführen zu verweigern, gegen die bürgerliche Mehrheit.

Dass er andererseits kein Pazifist war, bewies Bebel, als staatstreue ADAV-Anhänger Liebknecht die Fensterscheiben einwarfen. Bebel stellte die Täter in der Leipziger Innenstadt und verprügelte sie gemeinsam mit anderen Genossen.

Die Machthaber sahen in Bebel einen Verfassungsfeind, der rücksichtslos bekämpft werden müsse. Am Morgen des 17. Dezember 1870 trat seine Frau Julie bleich an die Drechslerbank ihres Mannes. Erschrocken teilte sie ihm mit, in der Wohnung warteten ein Polizeibeamter und ein Soldat auf ihn.

Bebel wurde verhaftet und ins Leipziger Bezirksgerichtsgefängnis gebracht. Er kam in Einzelhaft, in eine Zelle ohne Bettpritsche. Abends warfen ihm die Wächter eine Matratze voller Flöhe hin. Nach 101 Tagen kam der Sozialdemokrat aus der Untersuchungshaft frei.

Das Vierteljahr im Kerker war erst der Anfang. Insgesamt fast fünf Jahre Haft verhängte die Justiz bis Ende der achtziger Jahre gegen den schärfsten Kritiker des Kaiserreiches.

Weithin entstand der Eindruck, eine Klassenjustiz wolle Bebel niederzwingen. Die Geschworenen beim Leipziger Hochverratsprozess 1872 gegen ihn waren Gutsbesitzer und Kaufleute. Sie sprachen ihn ebenso wie seinen Mitkämpfer Liebknecht wegen ihrer Kriegsgegnerschaft für schuldig. Bebel erhielt zwei Jahre Festungshaft, die er zur Fortbildung nutzte. Er las Werke von Schiller und Goethe. Er vertiefte sich in Schriften von Darwin, Aristoteles und Plato. Und er griff zu Büchern von Marx und Engels wie der „Kritik der politischen Ökonomie“.

So gerüstet ging Bebel nach der Haftentlassung den nächsten strategischen Schritt, der die Arbeiterbewegung zu einem mächtigen politischen Faktor in Deutschland machte. Gemeinsam mit Liebknecht vereinte er im Mai 1875 die SDAP und den ADAV zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die in ihrem Programm „die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt“ forderte. Die im Gasthaus Tivoli in Gotha gegründete Organisation nannte sich 15 Jahre später Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD.

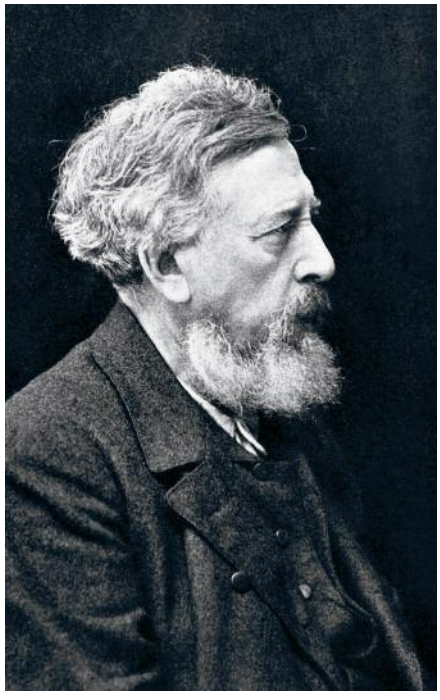
Bei der Reichstagswahl 1877 erlangten die Sozialisten nahezu eine halbe Million Stimmen, das waren 9,1 Prozent. Im Oktober 1878 holte der Hohenzollernstaat zum Gegenschlag aus. Der Reichstag verabschiedete das von Kanzler Bismarck initiierte „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Das „Sozialistengesetz“, wie es auch genannt wurde, unterzeichnet von Kaiser Wilhelm I., verbot sozialdemokratische und sozialistische Organisationen. Das kam einem Parteiverbot gleich. Als Vorwand dienten zwei erfolglose Attentate auf den Kaiser, mit denen die Sozialdemokraten nichts zu tun hatten.

Für Bebel begannen, wie er in seinen Memoiren bekannte, die „sorgenvollsten“ Jahre seines Lebens. Der Sozialistenführer arbeitete 16 Stunden täglich, um den Zusammenhalt seiner Genossen zu sichern, etwa in Bildungs- und Sportvereinen. Er befinde sich, schrieb er 1879 an Engels, „in einer beständigen Aufregung und Überarbeitung“.

Der Parteiführer organisierte geheime Zusammenkünfte und ließ Geld sammeln für verfolgte Mitglieder, die aus ihren Heimatorten vertrieben oder inhaftiert wurden. Zu den etwa 900 Sozialdemokraten, die ausgewiesen wurden, gehörte ab 1881 auch Bebel. Und wie 1500 andere Genossen steckte ihn das kaiserliche Regime wegen Verstoßes gegen das Sozialistengesetz ins Gefängnis.

Doch dem „geistig bedeutendsten und energischsten Führer“ seiner Partei,

Ferdinand Lasalle, um 1862



Wilhelm Liebknecht, um 1895

AKG (O.); RICHTER / CINETEXT (U.)

Bebels flammende Rede gegen den deutschen Imperialismus in China

„Barbarischer Rachezug“

Den „Boxeraufstand“ chinesischer Patrioten bekämpfte das Kaiserreich mit einem 20 000 Mann starken Expeditionskorps als Teil einer multinationalen Truppe. Die Soldaten sollten den Mord an dem deutschen Gesandten rächen. Kaiser Wilhelm II. verabschiedete die Truppen im Juli 1900 mit einer scharfmacherischen Rede. Darin forderte er: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht“ und rief die Soldaten auf, sich so zu verhalten, „dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen“. Der Sozialdemokrat August Bebel prangerte am 19. November 1900 im Reichstag das brachiale Vorgehen der deutschen Militärs in China an (Auszüge):

Man schlug China gegenüber so außerhalb alles völkerrechtlichen Verfahrens liegende Wege ein, dass Kenner von Land und Leuten wiederholt und nachdrücklich erklärt haben, dass dies einmal ein böses Ende nehmen müsse; wenn die Bevölkerung immer mehr gereizt würde und schließlich zum Bewusstsein ihrer Kraft komme, werde eine Bewegung eintreten, die sich dann nicht mehr eindämmen lasse.

Glauben Sie wirklich, dass irgendein Volk in der Welt sich etwas Ähnliches hätte bieten lassen, wie die Chinesen viele Jahre lang es sich haben gefallen lassen?

Der erste Grundsatz eines jeden ehrlich und rechtlich Denkenden, der auch der Grundsatz jedes Staatsmannes sein sollte, ist: Tue du nicht einem anderen, was du nicht willst, dass man dir selber tue!

Deutsche Soldaten haben also von der Mauer der Gesandtschaft ohne die geringste Provokation gegen einen Haufen friedlich versammelter Chinesen geschossen, haben sechs bis acht Mann getötet, eine ganze Anzahl verwundet, während die anderen geflohen sind. Sie haben damit das schwerste völkerrechtswidrige Verbrechen begangen, das man überhaupt zu tun imstande war, sie begingen elenden, feigen Mord.

Nein, kein Kreuzzug ist’s, kein heiliger Krieg; es ist ein ganz gewöhnlicher Eroberungskrieg und Rachezug. Ein Rachezug, so barbarisch, wie er niemals in den letzten Jahrhunderten und nicht oft in der Geschichte vorgekommen ist.

Wenn Sie christlich regieren wollten, dann müssten Sie in aller Ewigkeit in der Hölle braten, so verletzen Sie tagtäglich die christlichen Grundsätze.

Es ist ja das reine Treibjagen. Sobald ein Chinese innerhalb des Militärrayons sich sehen lässt, wird er wie ein Hase, wie ein Stück Wild angeschossen. Das ist ein Zustand, dass, wenn man diese Dinge liest, einem das Herz im Leibe erstarrt.

Was von unserer Seite geschehen müsste, ist meiner Meinung nach kurz Folgendes: loyale Handhabung und Innehaltung der mit China geschlossenen Verträge; China muss als gleichberechtigter Staat anerkannt werden, was schon durch die Gesandtschaften ausgedrückt wird, die bei uns im Lande sind; Sicherung der chinesischen Bevölkerung gegen Übergriffe und Gewalttaten der Fremden – das ist eine Hauptsache.

Vor allem ein Friedensschluss unter Bedingungen, die dem chinesischen Reiche seine Weiterexistenz als selbständiger Staat und als selbständige Nation ermöglichen. Es genügt nicht zu sagen: Wir wollen keinen Fußbreit Landes; man muss auch die Möglichkeit geben, dass China als Staat leben kann. Wir haben im alten Reichstag einen schönen Spruch gehabt, dass jede Nation ein Recht zum Leben habe. Das haben die Chinesen auch, nicht bloß die Deutschen und die anderen. Man muss es ihnen möglich machen, als Chinesen zu leben, sonst hören die Verwicklungen und Kriege nicht auf. Überhaupt keine Politik der Rache, sondern eine Politik, wie sie sich für vernünftige Menschen gebührt.

Karikatur zum „Boxeraufstand“ in China
Postkarte von 1900

DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM, BERLIN / A. PSILLE

August Bebel mit Frau Julie und Tochter Bertha Friederike, um 1884

BPK

wie ein Polizeibericht Bebel 1882 beschrieb, gelang es, seine Bataillone trotz aller Widrigkeiten zu verstärken: Sozialdemokraten durften weiterhin für den Reichstag kandidieren. Zu den Wahlen traten nur Direktkandidaten an. Und auch das passive Wahlrecht wurde den Sozialdemokraten nicht aberkannt. Obwohl sie 1881 nach dem Verbotsschock nur 312 000 Stimmen erhielten, überzeugten sie 1884 bereits 550 000 Wähler.

Da war Bebel wieder auf freiem Fuß und zog an der Spitze einer 24-köpfigen Fraktion in den Reichstag ein. Dem Parlament des Reiches gehörte er bis zu seinem Lebensende an. Unter dem bis 1890 geltenden Sozialistengesetz verband er geschickt die legale mit der illegalen Parteiarbeit. Während er den Abgeordnetenstuhl mehrfach gegen die Gefängnispritsche eintauschen musste, sorgte er dafür, dass seine Genossen aus dem Ausland mit Lektüre versorgt wurden.

Von Zürich aus verbreitete sein Freund Paul Singer die Zeitung „Der Sozialdemokrat“. Kuriere schleusten das Blatt, das 1888 bereits 11 000 Abonnenten hatte, auf Schmuggelpfaden durch das Voralpenland sowie später aus London über den Freihafen Hamburgs ins Reich. Dort stand auf seine Verbreitung Haft. Junge Arbeiter, denen Freunde die Zeitung heimlich gaben, bekannten später, durch diese Schriften hätten sie „Feuer gefangen“.

Bebel verglich die Drangsalierung seiner Genossen mit den Christenverfolgungen im alten Rom. Auch wenn das pathetisch überhöht klang: Bebel trat auf als Apostel und Prediger einer Bewegung, die mehr war als eine politische Partei. Er führte eine weltanschauliche Gemeinschaft, die der Glaube an eine bessere Zukunft verband. So sprach er 1890 von der „weltgeschichtlichen Mission“, die „als Führerin des Proletariats die Sozialdemokratie zugewiesen bekommen hat“.

Die Sprache spiegelte das wachsende Selbstbewusstsein der Sozialisten, die unter Bebels Führung zu einer Massenbewegung geworden waren. Als die Partei 1890 bei der Reichstagswahl 1,42 Millionen Stimmen und damit 19,7 Prozent erhielt, war das Sozialistengesetz gescheitert. Der Reichstag verlängerte es nicht, sein Schöpfer Bismarck trat ab.

Fröhlich unter einer großen roten Fahne feierte der ergraute Parteiführer mit Berliner Genossen in der Bockbrauerei am Tempelhofer Berg den Sieg über die Verfolger. Aufbruchstimmung prägte auch den ersten Parteitag nach dem Verbot im Oktober 1890 in Halle. Festlich geschmückt war die Parteitagstribüne im großen Saal des Lokals Zum Hofjäger mit einem symbolträchtigen Bild. Unter der Gestalt einer Freiheitsgöttin ging darin die Sonne der Gerechtigkeit auf. Stolz bilanzierte Bebel, dass die ausländischen sozialistischen Parteien „uns als eine Art Musterpartei ansehen“. Die zählte um 1895 schon 100 000 Mitglieder. In den folgenden beiden Jahrzehntes wuchs die Mitgliedschaft bis zu mehr als einer Million. Bei der Reichstagswahl 1912 stieg die Partei mit 34,8 Prozent der Stimmen zur stärksten Kraft auf.

Geheimberichte der Berliner politischen Polizei dokumentieren, wie hilflos das kaiserliche Regime der zeitweilig verbotenen Sozialdemokratie gegenüberstand.

„Flugblätter im Busen“

Aus einem Lagebericht vom 11. Dezember 1878: Die demnach anscheinend eingetretene Ruhe ist aber nur eine rein äußerliche, denn im Geheimen wird die Agitation mit Aufbietung aller Kräfte fortgeführt; für den Fortbestand der Parteipresse wird ebenfalls eifrig Sorge getragen, und auch das Vereinswesen wird, wenn auch unter anderen Formen wie bisher, wiederhergestellt.
Was die Organisation anbelangt, so werden hier täglich an den verschiedensten Orten, in Privatwohnungen, Werkstätten, auf Spaziergängen, in Schanklokalen, oft sogar in dunklen Räumen, kleine Zusammenkünfte von 6–7 Personen abgehalten, bei denen Mitteilungen und Anweisungen von den bald hier, bald dort erscheinenden Führern gemacht resp. erteilt werden. Auch findet neuerdings eine eifrige Beteiligung der Sozialisten an dem kommunalen Leben, in Bezirksvereinen und bei Stadtverordnetenwahlen statt, man drängt sich in Vereine und Versammlungen Andersgesinnter, errichtet Lesezirkel, Gesangsvereine, arrangiert Tanzkränzchen, alles zu dem Zweck, um unter der harmlosen Maske einer geselligen Unterhaltung ernste Beratungen über Parteiangelegenheiten pflegen zu können.

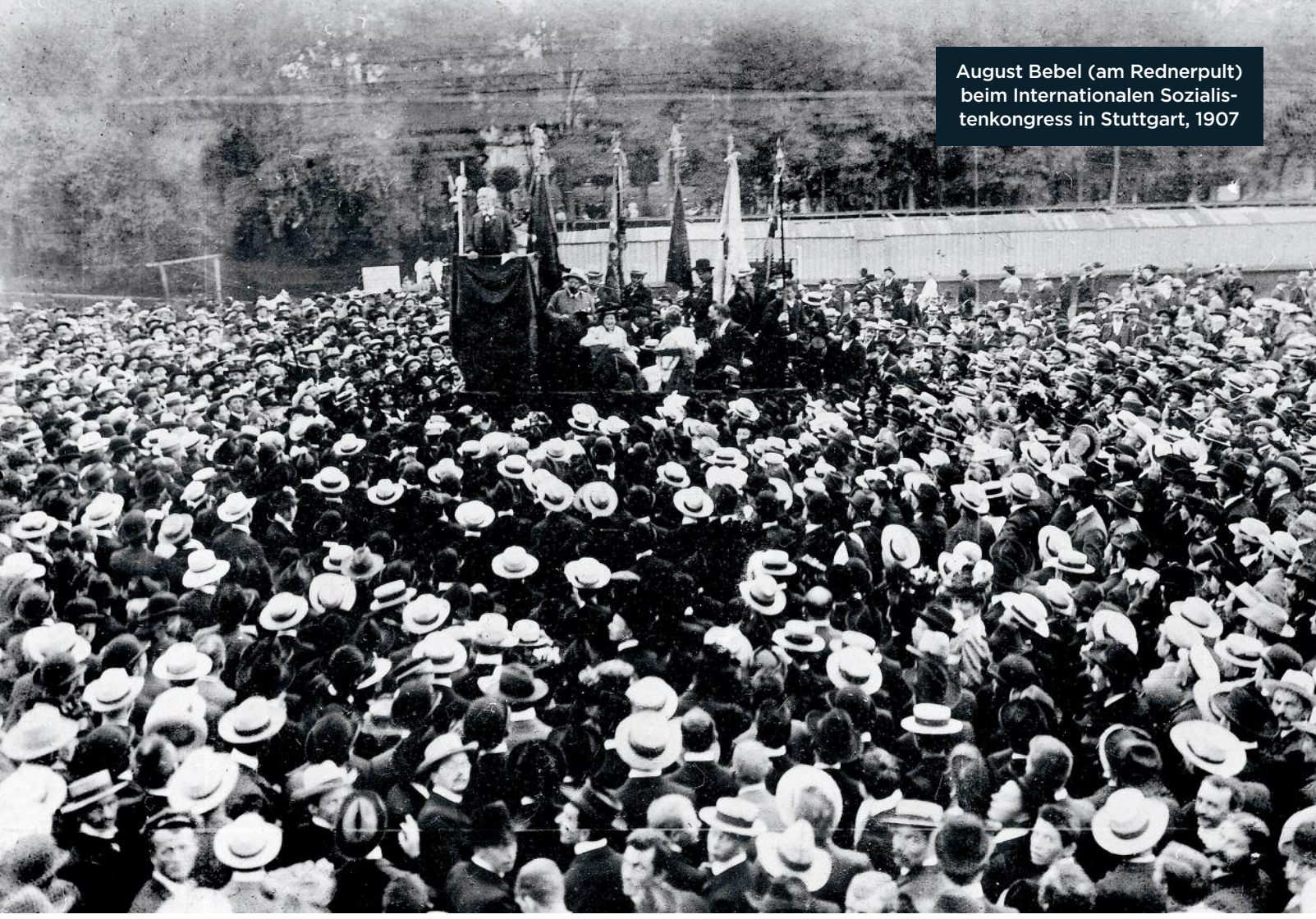
Aus einem Lagebericht vom 12. Januar 1882: Die Verbreitung der Flugblätter wurde auf Weisung der Parteileitung, um den Eindruck möglichst frisch zu erhalten, auf die letzten Tage vor den Wahlen verschoben, dann aber mit großer Energie und Geschicklichkeit ins Werk gesetzt. In Dresden z. B. verteilten etwa 300 Mann in wenigen Abendstunden 40 000 Exemplare. In Altona verwendete man Frauen und Mädchen, welche die Blätter im Busen versteckten und dadurch gegen vorzeitige Entdeckung sichern mussten, während in Breslau Kinder dieselben in Botanisiertrommeln den Verbreitern nachtrugen.

Aus einem Lagebericht vom 4. März 1884: Es sind deshalb in allen Zweigen der Bewegung, vielleicht mit Ausnahme der geheimen Organisation, wiederum Fortschritte zu verzeichnen, die auch äußerlich an dem wachsenden Selbstbewusstsein und der Siegeszuversicht, ja Kühnheit, welche die Sozialdemokratie zur Schau trägt, sich deutlich erkennen lassen.

Sozialdemokratisches Transparent gegen die Sozialistengesetze, 1888

Aus einem Lagebericht vom 6. Juli 1885: Es ist nicht zweifelhaft, dass im südlichen und westlichen Deutschland die Stimmung für Bebel, in Norddeutschland für das gemäßigtere Gros der Abgeordneten vorherrscht, mithin die Majorität der deutschen Sozialdemokratie auf Seiten Bebels sich befindet.
Es ist auch innerhalb der Sozialdemokratie noch nirgends ein Zweifel an der Durchführbarkeit ihres Programms laut geworden oder eine Abnahme des Interesses an der Bewegung zu bemerken gewesen. Gerade die deutsche Sozialdemokratie hat auch am allerwenigsten Veranlassung, ihre Ansprüche zurückzuschrauben, solange die Gesinnungsgenossen der ganzen Welt sie als Vorbild betrachten und sie im eigenen Lande immer festeren Fuß fasst. Dies geschieht aber nicht nur unter den Arbeitern, wie es in Ost- und Westpreußen, Breslau, Hannover, Westfalen und der Rheingegend wieder sehr wahrnehmbar gewesen ist, sondern auch in anderen Kreisen der Bevölkerung. Die Fälle z. B., dass Sozialdemokraten in die Gemeindevertretungen gewählt werden, kommen immer häufiger vor und sind während der Berichtszeit aus Gumbinnen, Braunschweig, Mannheim, München, Reudnitz und Mittweida bekannt geworden.

DEUTSCHES HISTORISCHES MUSEUM, BERLIN / A. PSILLE



August Bebel (am Rednerpult) beim Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart, 1907

ULLSTEIN BILD

Bebel wurde der Volkstribun der deutschen Arbeiter. Wo er auftrat, drängten sich Menschen nach elfstündigem Arbeitstag zu Tausenden, um „unseren August“ zu sehen. Es war still im Saal, wenn Bebel sprach. Der lebhafte Politiker fesselte seine Zuhörer. Er war mit „seiner bezwingenden Rednergabe der weitaus mächtigste Mann der Partei“, schrieb später der Journalist des SPD-Parteiblattes „Vorwärts“ Friedrich Stampfer.

In den Krupp-Werken brachten die Arbeiter Hochrufe aus.

Wie sehr er das Herz des arbeitenden Volkes gewonnen hatte, zeigte sich im Mai 1903, als Bebel das Ruhrgebiet besuchte. Während er in Essen durch die Krupp-Werke fuhr, brachten die Arbeiter immer wieder Hochrufe aus.

Der Jubel war auch eine Ohrfeige für Kaiser Wilhelm II. Der hatte einige Monate zuvor am selben Ort gegen die Sozialdemokraten gewettert und getönt: Wer das Tischtuch zwischen sich und „diesen Leuten“ nicht zerschneide, lade Schuld auf sein Haupt.

Doch für das Volk sprach nicht mehr der Kaiser, sondern Bebel. Ob es um Misshandlungen von Soldaten ging, um politisch motivierte Strafjustiz oder um blutige Gewalttaten deutscher Militärs in fernen Kolonien, der Führer der Sozialdemokraten prangerte unerträgliche Zustände an. Damit verschaffte er sich Achtung auch bei Andersdenkenden, etwa dem bürgerlichen Reichstagsabgeordneten Hellmut von Gerlach.

Der Linksliberale schrieb 1909 in einem „biografischen Essay“ über Bebel, er sei „so manches Mal die moralische Stimme der Nation“ gewesen. Da sei er „weit über den eifernden Parteimann hinaus“ gewachsen und habe sich, so Gerlach, „zu gewaltiger Größe“ erhoben.

Bebel kritisierte, die herrschende Politik wolle „um jeden Preis durch Kanonen und Säbelrasseln oder Flottendemonstrationen den Gegner zur blinden Unterwerfung zwingen“. Seine größte Sorge war, das Kaiserreich treibe „mit offenen Augen dem Verhängnis entgegen“.

Immer wieder gab es im Reichstag Tumulte, wenn Bebel ausrief: „Nieder mit dem Militarismus!“ Der SPD-Führer setzte auf das Anwachsen der sozialistischen Bewegung in ganz Europa und auf Völkerverbrüderung. So organisierten die Sozialdemokraten internationale Kongresse wie 1907 in Stuttgart und große Kundgebungen gegen die Kriegsgefahr, etwa 1911 mit 200 000 Teilnehmern im Treptower Park in Berlin.

Bebel vereinte einen unverwüstlichen Optimismus mit einem Gespür für drohendes Unheil. Eindringlich warnte der weißhaarige 71-Jährige im September 1911 in Jena die Delegierten des SPD-Parteitages vor einem „großen Kriege“. Auf den künftigen Schlachtfeldern würden „Heere in Erscheinung tre-

ten, wie sie die Welt noch nicht gesehen“ habe. Die Folge werde eine „allgemeine Hungersnot“ sein. Bebel brachte seine Haltung auf die Formel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“. Doch ganz so konsequent, wie das klang, war der SPD-Politiker nicht. Im Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion zur Reichstagswahl 1887 hatte Bebel die „Erziehung der gesamten Nation zur Wehrhaftigkeit“ verlangt. Gegen wen, das hatte er schon ein Jahr zuvor verkündet.

Im roten Theorieorgan „Die Neue Zeit“ polemisierte Bebel gegen die „Nachgiebigkeit, die Deutschland gegenüber Russland zeigt“, und rief dazu auf, angeblichen „Eroberungsplänen Russlands Einhalt zu gebieten“. Der Beitrag gipfelte in dem Orakel, der „Kampf um unsere Ostseeprovinzen“ sei womöglich „nur eine Frage der Zeit“.

Dem im Pariser Exil lebenden russischen Sozialisten Pjotr Lawrow schrieb Bebel im Januar 1892, wenn „Krieg kommt“, dann gelte es, „die Herrschaft des russischen Despotismus von uns fernzuhalten“. Im Reichstag sagte er im März 1904, er sei bereit, in einem Krieg, der „um die Existenz Deutschlands“ geführt werde, „die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen“.

Dabei verkannte Bebel, dass in der Ära des Imperialismus zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen kaum zu unterscheiden war. Mit seinem Feindbild vom Russland des Zaren als einem „Hort der Grausamkeit und Barbarei“ übersah er, dass der Kampf gegen den Zarismus ein wesentliches Propagandamittel der Mächtigen war, um die Arbeiter auf die Schlachtfelder zu treiben.

So plakativ er den „Militarismus“ verdammte, erlag der Unteroffizierssohn Bebel im Alter bisweilen der Faszination des Militärischen. Im Mai 1907 besuchte er gemeinsam mit Fraktionskollegen, darunter der spätere Reichswehrminister Gustav Noske, den Truppenübungsplatz in Jüterbog. „In heiterster Stimmung“, heißt es im Bericht eines Militärbevollmächtigten, plauderte Bebel mit den Offizieren, die den Abgeordneten ein neues Feldgeschütz und ein neues Maschinengewehr vorführten.

Als „eigentümliches Gemisch aus Praktiker und Prophet“, so die „Frankfurter Zeitung“ 1913 in einem Nachruf, prägte der SPD-Führer gern eindringliche Formeln. So nannte er sich auf dem Parteitag 1903 in Dresden einen „Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung“, unter stürmischem Beifall der Delegierten.

Seine These, „die Klassengegensätze werden schärfer“, trug er wie eine Monstranz vor sich her. Dennoch sah er, dass die Gesellschaft eine neue Mittelschicht hervorbrachte und dadurch vielgestalti-

DOKUMENT

Der rechtsgerichtete Publizist Arthur Moeller van den Bruck analysierte 1909 das Scheitern der politischen Elite im Umgang mit der Sozialdemokratie.

„Als Nation stolz sein“

Arthur Moeller van den Bruck, um 1920

Nach 1871 wurde der Staat erst durch diesen Sozialismus und alsbald allernachdrücklichst durch Wahlergebnisse darauf aufmerksam gemacht, dass es überhaupt ein soziales Problem für ihn gab. Für die Zeit nach 1871 war die Versäumnis unentschuldbar, und bis heute hatte es sich in dem noch lange nicht wieder abgestellten Misstrauen des vierten Standes gegen den Staat bitter gerächt. Nicht an ihrem Ende, sondern immer nur an ihrem Anfang kann man an eine Entwicklung anknüpfen. Klareres, sollte man meinen, kann es nicht wohl geben. Aber freilich muss sich dazu die Stellung des Staates zur Sozialdemokratie von Grund auf umkehren. Er muss sie zu nehmen lernen als eine Partei nicht außerhalb, sondern innerhalb der deutschen Geschichte. Sie ist es nun einmal, und ihre drei Millionen Wähler sind deutsche Wähler. Wir möchten sie nicht missen, und Bebel, ihren alten Helden, erst recht nicht. Wir können als Nation sogar stolz darauf sein, dass wir diese Sozialdemokratie haben. Sie ist unter allen Umständen, und im Gegensatz zur französischen Karrieristenpartei, eine Partei des reinsten proletarischen Wollens. Sie ist die einzige gewesen, die in den elenden Zeiten nach 1871, in denen das Bürgertum sich so übernahm, dass es uns noch heute mit Scham überkommt, wenn wir daran zurückdenken, sie ist damals die einzige gewesen, die im Volke eine wirkliche, echte, ehrliche Begeisterung, einen wilden, hungernden, asketischen Glauben auch an immaterielle Werte, und waren’s auch die tiradischen allgemeiner Weltbeglückung, ausgelöst hat. Das wollen wir ihr nicht vergessen. Die bürgerlichen Parteien kauten damals ihre Ideale nur wieder, und selbst den feudalen waren die ihren in den Knochen erstarrt. Gewiss sind auch diese Zeiten jetzt vorüber, und nicht zuletzt für die Sozialdemokratie selbst. Die Partei, die anfängt, bourgeois zu werden, bietet nicht mehr den schönen, straffen Anblick der alten proletarischen, die so wild und entschlossen marschierte.

Aus dem Essay „Scheiternde Gegenwart“, in: Arthur Moeller van den Bruck: „Scheiternde Deutsche“. Minden 1909.

ULLSTEIN BILD

August Bebel mit SPD-Vorstandsmitglied Paul Singer in Dresden, 1903

ger wurde, als ihm lieb war. Bebel war nach eigenen Worten vor Schrecken „starr“, als ihm Hamburger Genossen 1905 berichteten, jüngere Gewerkschafter wollten von Klassenkampf und Sozialismus nichts mehr wissen. Selbstironisch bekannte er, dass er sich mit Prognosen vom „großen Kladderadatsch“, dem Zusammenbruch des Kapitalismus, mehr als einmal geirrt hatte. Heiterkeit kam auf bei den Genossen, wenn Bebel im Alter auf Parteitagen davon sprach, er habe „manche Dummheit auf meinem Gewissen“.

Mit hellwachem Blick und verschmitztem Lächeln war er in späten Jahren oft mehr Conférencier als Kader. Er hatte stets die Lacher, aber immer weniger die Partei auf seiner Seite. Betrübt bemerkte Bebel in einem Brief an einen Freund 1910 über die SPD: „Überall muss der Arbeiterkandidat den hochnäsigen Intellektuellen weichen.“

Frontmänner des rechten Parteiflügels, unter ihnen der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert, wanden Bebel die Partei mehr und mehr aus den Händen. Sie suchten Teilhabe am herrschenden Machtstaat.

Ihnen kam entgegen, dass Bebel, der so lange um die vereinte Arbeiterpartei gerungen hatte, um nahezu jeden Preis eine Spaltung vermeiden wollte. Dass er so unterschiedliche Gestalten wie den „Revisionisten“ Eduard Bernstein und die Revolutionärin Rosa Luxemburg in einer Partei zusammenhielt, sei „eine politische Glanzleistung“ gewesen, urteilt der Bebel-Kenner Helmut Hirsch.

Bebels Kritik an den Parteirechten spiegelte weniger marxsche Dogmen wider als Sinn für klassische Tugenden. Gegen die „Revisionisten“, wie die Gegner des radikalen Sozialismus genannt wurden, mahnte Bebel zu „Wahrheit, Klarheit und Mannbarkeit“ und zu „Opferwilligkeit, Hingabe und Begeisterung“.

Besonders verübelte er den Parteirechten, dass sie mit Hilfe kapitalistischer Mäzene um den Bankierssohn Leo Arons ein fraktionelles Propagandaorgan betrieben, die „Sozialistischen Monatshefte“. Der Kreis um Arons, kritisierte Bebel 1909, versuche, „die Partei für bürgerliche Interessen zu gewinnen“. Die „Sozialistischen Monatshefte“ rechtfertigten den Aufrüstungskurs des Reiches und polemisierten gegen das „Preußentum“ Bebels.

Je älter er wurde, desto mehr ähnelte Bebel tatsächlich einer anderen Gestalt von kleinem Wuchs und großem Geist, die er mit 65 Jahren auf dem Parteitag 1905 in Jena rühmte: dem „großen Friedrich von Preußen, der in einem seiner Werke auseinandersetzt, wie die Katastrophen, d. h. die Revolutionen entstehen, dass nicht die Massen, sondern die Regierenden sie machen“.

Bebel zeigte, dass man zugleich Sozialist und Preuße sein konnte. Wie Friedrich II. hatte er seine Gesundheit durch unermüdliche Arbeit zerrüttet. Ähnlich wie der Preußenkönig war er an seinem Lebensabend einsam, nach dem Tod vieler Freunde und seiner Frau Julie, die im November 1910 an Krebs starb.

Als seine Tochter psychisch krank wurde, kümmerte sich der 72-Jährige um seinen Enkel Werner. Mühevoll bereitete er ihn aufs Abitur vor. Der erschöpfte Bebel starb mit 73 Jahren im August 1913 an Herzversagen in einem Sanatorium in Passugg in der Schweiz.

Nicht seine „Musterpartei“ sollte im 20. Jahrhundert das machtpolitisch größte rote Projekt führen, sondern die russischen Bolschewiki, bei Bebels Tod noch eine Kleinpartei. Deren Führer Wladimir Lenin hatte er noch kennengelernt, auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart 1907. Dem rigorosen Revolutionär stand er skeptisch gegenüber.

Ein Jahr zuvor, im Mai 1906, war Bebel nach Bremen gefahren, um die Wahl des 30-jährigen linken Sozialdemokraten Wilhelm Pieck zum hauptamtlichen Leiter der Bremer SPD durchzusetzen.

Vierzig Jahre später gründete Pieck im Berliner Osten die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und wurde deren Vorsitzender, unter Kontrolle des Lenin-Nachfolgers Stalin. Vor einer mit Bebel-Porträt geschmückten Tribüne erhielt Pieck einen von Bebel gedrechselten Stab.

Doch mit dem hölzernen Relikt übertrugen sich nicht der bebelsche Geist und die Atmosphäre einer freien Diskussion. Es brauchte nur wenige Jahre, bis die SED-Politik bestätigte, was Bebel den Genossen 1903 warnend auf den Weg mitgegeben hatte: „An dem Tage, an dem die Meinungsfreiheit in der Partei beschränkt werden könnte, wäre die Partei moralisch tot.“ ■

Video: Anfänge und Aufstieg der Sozialdemokraten

spiegel.de/appSPGE32013spd
oder in der App DER SPIEGEL

ULLSTEIN BILD (O.); AKG / ULLSTEIN BILD (U.)